

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kultur

(Empfehlung der Kultusministerkonferenz vom 16.09.2004)

Der demografische Wandel stellt für alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens, somit auch für die Kulturpolitik, eine erhebliche Herausforderung dar. Dieser Wandel wird vor allem durch drei Komponenten gekennzeichnet: Abnehmende Geburtenrate, zunehmende Lebenserwartung, steigende Zuwanderung aus dem Ausland. Ferner führen Wanderungen innerhalb der Bundesrepublik, vor allem aus den Städten ins Umland und von den neuen in die alten Länder, regional zu unterschiedlichen Entwicklungen: Einerseits werden dadurch mancherorts für eine gewisse Zeit die niedrigen Geburtenraten ausgeglichen, andererseits verschärft sich in Gebieten mit Bevölkerungsverlusten die Situation entsprechend drastisch.

In den neuen Ländern hat diese Entwicklung bereits mit dem Beitritt eingesetzt. Sie wird sich verstärken und ein weit über den Bundesdurchschnitt hinausgehendes Maß erreichen.

Diese Tendenzen werden laut vorliegenden Prognosen in den nächsten 20 bis 30 Jahren anhalten und aller Voraussicht nach nicht umkehrbar, allenfalls abzuschwächen sein.

Vor diesem Hintergrund sind die kulturpolitisch Verantwortlichen gefordert, bei den jeweiligen Entscheidungen die Möglichkeiten zur Teilhabe künftiger Generationen an Kultur mit zu bedenken. Zugleich sollte der in der politischen Debatte derzeit dominierende Belastungsdiskurs, der einseitig problematische Folgen des Alterns der Gesellschaft betont, überwunden werden. Diese Sicht verstellt den Blick darauf, dass die demografische Entwicklung als Chance für zukunftsweisende gesellschaftliche Entwicklungen begriffen und gestaltet werden kann. Zunehmend wird Kultur als wichtiger Standortfaktor anerkannt, in ihrer Bedeutung für Wanderungsentscheidungen und als Ressource zum Gegensteuern berücksichtigt werden.

Bei im Einzelnen unterschiedlichen Auswirkungen des demografischen Wandels in Ländern, Regionen und Kommunen lassen sich für den Kulturbereich nachfolgende Feststellungen treffen und daraus Handlungsempfehlungen ableiten:

1. Abnehmende Geburtenrate und sinkende Bevölkerungszahl werden die Einnahmen der öffentlichen Hand weiterhin zurückgehen lassen, wobei bereits derzeit die Kulturretats überdurchschnittlich durch Einsparungen betroffen sind. Zudem führen Bevölkerungsverluste vor allem in Ballungsgebieten sowie in ländlichen Regionen der neuen Länder zu einer Abnahme von potentiellen Nutzern kultureller Infrastrukturen und Angebote.

Angesichts dieser Tatsachen müssen Infrastrukturentscheidungen rechtzeitig den demografischen Faktor berücksichtigen. Im Einzelnen ist jeweils zu prüfen, wie kulturelle Institutionen stärker kommunen-, regionen- und ggf. auch länderübergreifend genutzt werden können. Hier kommen insbesondere folgende Optionen in Betracht: Spezialisierung und Konzentration von Kultureinrichtungen an zentralen Orten; verstärkte Zusammenarbeit bis hin zu Zusammen-

schlüssen von Institutionen; Mehrfachnutzung von spartenübergreifenden Kulturstätten; Schaffung mobiler Kulturangebote (Bespielung von Theatern ohne eigene Ensembles durch Landesbühnen und freie Gruppen, Einsatz von Fahrbibliotheken, Wanderkinos usw.); Bildung von übergreifenden Finanzierungsverbänden. Die teilweise noch bestehende Konkurrenz öffentlich-finanzierter Einrichtungen und Programme ist zu minimieren. Die Einbeziehung privater Anbieter und Synergieeffekte mit anderen Politikbereichen (z.B. mit der Wirtschaft zur Erhöhung kulturtouristischer Attraktivität) sind zu verstärken.

2. Abnehmende Geburtenrate bedeutet zugleich weniger Kinder und Jugendliche.

Bei zahlenmäßiger Dominanz der Älteren gilt es gleichwohl, die Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen aufrechtzuerhalten und insbesondere die kulturelle Bildung zu verstärken. Dabei kommen vor allem folgende Maßnahmen in Betracht: Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen sowie kulturellen Einrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern, besonders vor dem Hintergrund des Ausbaus der Ganztagschulangebote. Gleichzeitig sind weiterhin auch traditionelle Inhalte durch kind- und jugendgemäße, moderne Formen zu vermitteln. Darüber hinaus ist künftig mehr als bisher der Tatsache Rechnung zu tragen, dass bei Jugendlichen der Schwerpunkt der kulturellen Aktivitäten nicht in der Wahrnehmung der Kulturangebote der öffentlichen Hand liegt, sondern ihr kulturspezifisches Verhalten eher als flexibel, mobil, erlebnisorientiert und spontan anzusehen ist. Daher gilt es, diese Verhaltensweisen stärker zu berücksichtigen und in adäquater Weise kulturell anspruchsvolle Bedürfnisse gezielt zu wecken.

3. Zunehmende Lebenserwartung und Veränderung der Altersstruktur gehen mit einem Wandel von Interessen und Bedürfnissen im Kulturbereich einher.

Ein publikumsorientiertes Kulturangebot wird die spezifischen Bedürfnisse der älteren Generation stärker berücksichtigen müssen. Für ältere Bürgerinnen und Bürger mit eingeschränkter Mobilität sind insbesondere medienvermittelte und mobile Angebote zu verstärken. Die demografische Entwicklung bietet aber auch Chancen insofern, als insbesondere aktive und kulturell interessierte ältere Menschen vermehrt für bürgerschaftliches Engagement, Teilzeitarbeitsmodelle und ehrenamtliche Kulturarbeit gewonnen werden und sich so neue Wirkungsfelder erschließen könnten.

4. Steigende Zuwanderung aus dem Ausland führt zu einer sich verstärkenden Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Insbesondere in schrumpfenden Städten kann dies zu einer problematischen sozialräumlichen Polarisierung führen.

In diesem Zusammenhang gilt es vor allem, den Zugewanderten auch und gerade in solchen Problemgebieten integrationsfördernde Angebote zu vermitteln, und zwar insbesondere durch eine intensive sprachliche Förderung, um eine stärkere Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen. Ebenso sollten die öffentlichen kulturellen Infrastruktureinrichtungen und Angebote der kulturellen Bildung stärker die Bedürfnisse der Migranten berücksichtigen. Darüber hinaus gilt es auch im Kulturbereich, die bei der einheimischen wie bei der zugewanderten Bevölkerung bestehenden gegenseitigen Vorurteile durch geeignete Maßnahmen abzubauen.

5. Im Zuge der beschriebenen Entwicklungen wird die Gesellschaftsstruktur insgesamt komplexer werden. Kulturelle Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche werden breiter gestreut und weiter auseinander gehen.

Auf das sich somit verändernde Nachfrageverhalten der heterogener werdenden Zielgruppen wird künftig mit neuen inhaltlichen Angeboten und Vermittlungsformen sowie mit bedarfsgerechten Zugangs- und Nutzungsbedingungen zu antworten sein.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für diese komplexe Aufgabenstellung ein intensiver Dialog aller Beteiligten, insbesondere mit den Kommunen, erforderlich ist. Dabei kann es keine schnellen Lösungen geben. Erforderlich sind frühzeitig einsetzende Maßnahmen und eine langfristig ausgerichtete flexible Konzeption. Rechtzeitig entwickelte und kommunizierte Stufenkonzepte für die notwendige Umsteuerung werden eine geordnete Umsetzung ermöglichen.

Die Kultusministerkonferenz wird die Modelle, Berichte und Maßnahmen der Länder beim demografiebedingten, kulturpolitischen Gegensteuern sammeln, auswerten und die gewonnenen Erfahrungen mit den Beteiligten austauschen.